

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Straßen- und Tiefbau
vom 20.02.2024**

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:36 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

**TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen VorlNr.
 Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Lüttjohann eröffnet die Sitzung um 18.30 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

**TOP 2 Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden VorlNr.
 Anträge**

Vorsitzender Lüttjohann erkundigt sich, ob es Änderungswünsche bezüglich der Tagesordnung gebe.

BGM Oestmann teilt mit, dass Top 3 vertagt wird.

Außerdem informiert er, dass bei Top 6 der Beschlussvorschlag zurückgezogen und vertagt wird, da er zunächst im Ortsrat Unterstedt erörtert werden solle. Das Thema solle aber trotzdem besprochen werden auf Grund der Vorstellung des Ruhewald-Konzeptes von Unterstedt. Herr Behrens, Herr Kruse und Herr Steinberg seien extra zur Vorstellung ihres Konzeptes gekommen. Somit käme es heute nur zu einer Kenntnisnahme betreffend des aktuellen Sachstandes.

Betreffend Punkt 8, gebe es zu dem Zeitpunkt keine Themen von Amt 32.

BGM Oestmann bitte daher um Streichung des Top 8.

Zu Punkt 9 schlägt er vor, die Tops 9.1 und 9.2 vor dem Top 9 zu beraten und sich im Anschluss dem Gesamthaushalt zu widmen.

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau stimmt der Tagesordnung mit der Änderung einstimmig zu.

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau nimmt die Genehmigung der Niederschrift vom 08.11.2023 zur Kenntnis.

TOP 4 Überholverbot in der Goethestraße und Bergstraße für Zweiradfahrer durch mehrspurige Kraftfahrzeuge vom Kreisel Am Pferdemarkt in die östliche Richtung und Bergstraße/Am Sande in die westliche Richtung; Ratsantrag SPD-B90/G-LINKE vom 09.05.2023

RH von Hoyningen-Huene bemängelt die Art der Vorlage und fordert einen Beschluss durch die Politik und nicht lediglich eine Kenntnisnahme. Es sei Zeit, dass in der Goethestraße etwas unternommen werde und die beantragte Beschilderung sei aus seiner Sicht eine gute Maßnahme. Vielen Kraftfahrern seien die aktuellen Verkehrsregeln nicht bekannt und auch das Unfallgeschehen sei nach wie vor zu hoch.

BGM Oestmann stellt klar, dass es durch die vorgenommenen großflächigen Fahrrad-Piktogramme bereits zu einer Änderung/Verbesserung der dortigen Situation gekommen sei.

VfA Knabe stellt das im April 2020 neu eingeführte Verkehrszeichen vor. In diesem Zusammenhang geht er auf den gesetzlich vorgeschriebenen Überholabstand von mind. 1,50 m innerorts ein. In der Vergangenheit wurden zahlreiche Radfahrende auf der Fahrbahn vom Kfz-Verkehr mangels Kenntnis der Sach- und Rechtslage weggehuppt. Durch die neuen Markierungen sei aus seiner Sicht zumindest hinsichtlich von eingehenden Beschwerden und Nachfragen eine erhebliche Verbesserung spürbar. Er befürchte einen noch größeren Schilderwald, der eher zu weiteren Unsicherheiten sowie zu einem regelmäßig zu dichtem Auffahren führe. Daher empfehle er, den Straßenausbau weiter voranzutreiben. Glücklicherweise sei mittlerweile ein Planungsbüro beauftragt worden, die Folgen einer evtl. Vollsperrung für den Autoverkehr zu untersuchen; dies sei von der Landesbehörde als Straßenbauasträger der Bundesstraße 215 gefordert worden. Nach Vorlage dieses Gutachtens könnten dann die nächsten Schritte erfolgen.

RH Klingbeil erklärt, er würde sich als Radfahrer erheblich wohler fühlen, wenn ihn ein Kraftfahrzeug mit 15 km/h verfolge, als dass es ihn mit 35 km/h überhole. Er erkundigt sich nach den Vor- und evtl. Nachteilen einer Fahrradstraße.

VfA Knabe stellt die beiden Rotenburger Fahrradstraßen kurz vor und erläutert die dort geltenden Regelungen. In ihrem momentanen Ausbauzustand könne er sich eine Fahrradstraße in der Goethestraße jedoch nicht vorstellen.

RH Klingbeil fragt, ob es tatsächlich Straßenabschnitte gebe, in denen überholt werden dürfe. Dies wird von VfA Knabe bestätigt.

RH von Hoyningen-Huene bemängelt vor allem die hohe Anzahl an Dooring-Unfällen; diese könnten reduziert werden, wenn die Radfahrenden auf die Fahrbahn wechselten. Den Schilderwald sehe er ebenfalls kritisch, aufgrund der geltenden 20 km/h sollte sich der Autoverkehr aus seiner Sicht aber doch noch auf die Beschilderung konzentrieren können: Er plädiere daher nach wie vor für die Aufstellung der neuen Verkehrszeichen.

BGM Oestmann bittet um Berücksichtigung der vorhandenen Erfahrung in der Verwaltung. Wenn Kraftfahrer den Straßenzug aus Richtung Mühlenstraße kommend befahren und vorrangig den rechten Seitenraum beachten, sei dies ein äußerst unübersichtlicher Bereich mit bereits jetzt vielen Schildern. Das neue Piktogramm auf der Straße mit seiner Größe von 2 Metern sei mittig und übersichtlich. Seit der Aufbringung sei die Rückmeldung aus der Be-

völkerung fast null. Also warum sollte man noch weitere Schilder aufstellen, die rechtlich überhaupt nicht erforderlich seien? Für die Übergangszeit bis zum Ausbau müsse nach einer pragmatischen Lösung gesucht werden.

RH Poppe gibt bekannt, er werde sich der Verwaltungsvorlage anschließen. Er bittet auch weiterhin um einen engen Kommunikationsaustausch mit der Polizei.

RH Klingbeil erklärt, das Thema Fahrradverkehr müsse weiter vorangetrieben werden, damit mehr Fahrradfahrer auf den Straßen Rotenburgs unterwegs seien.

Nach Darlegung der Gründe für die fehlende Beschlussfassung u.a. auch aus Haftungsgründen beantragt RH von Hoyningen-Huene, die Entscheidung in dieser Sache an sich zu ziehen. Dieser Antrag findet bei 4 Ja- und 4 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung keine Mehrheit.

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt davon Kenntnis, dass entgegen dem Ratsantrag SPD/B90/Die-Linke vom 09. Mai 2023 kein Verbot des Überholens von einspurigen Fahrzeugen für mehrspurige Kraftfahrzeuge und Kraffräder mit Beiwagen ausgewiesen wird.

TOP 5 Überquerungshilfe für Radfahrer und Radfahrerinnen auf der Bahnhofstraße; Ratsantrag BG90/Die Linke vom 30.08.2023

VorlNr.
0351/2021-2026

RH Klingbeil begründet seinen Antrag mit der Absicht, die Fahrradfreundlichkeit in Rotenburg weiter zu fördern und berichtet von einer gemeinsamen Ortsbesichtigung mit VfA Knabe. Er erkundigt sich, ob nicht auch der gesamte Kreuzungsbereich markiert werden könnte.

VfA Knabe erläutert, dass in Rotenburg zwar fünf bevorrechtigte Querungen für den Radverkehr bestehen, diese aber nicht mit der Situation in der Bahnhofstraße vergleichbar seien. Eine bevorrechtigte Querung an der beantragten Stelle würde vielmehr eine Einschränkung für den Radverkehr bedeuten. Aufgrund der bei der Ortsbesichtigung festgestellten Problematik schlägt die Verwaltung daher eine Markierung des Verkehrszeichens „Achtung Radfahrer“ vor. Hinsichtlich der nunmehr angefragten Markierung des gesamten Kreuzungsbereiches sagt er eine rechtliche Prüfung bis spätestens zur Ratssitzung zu.

Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig (Neun Ja-Stimmen) zugestimmt:

Der Rat beschließt, den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen / Die Linke auf Schaffung einer Überquerungshilfe für Radfahrende auf der Bahnhofstraße abzulehnen.

TOP 6 Errichtung eines Friedwaldes; Antrag Fraktionen B90G/DIE LINKE und SPD

VorlNr.
0140/2021-2026/2

BGM Oestmann unterrichtet, dass der Punkt in eine Kenntnisnahme umformuliert werden muss. Er bedankt sich für die Anwesenheit der Herren Behrens, Steinberg und Kruse, die ihr Konzept des privaten Bestattungswaldes „RuheWald Rotenburg“ vorstellen möchten. Man habe schon des Öfteren betreffend der Thematik zusammen gesessen.

StAR Lohmann referiert, dass es im Dezember 2023 eine Kontaktaufnahme von dem privaten Anbieter gegeben habe. Die Herren Behrens, Steinberg und Kruse könnten sich vorstellen, auf einem von der Stadt ausgesuchten Waldstück in Unterstedt einen Ruhewald zu errichten. Die Stadt sei dann Kooperationspartner und die Herren würden als GbR agieren. Die Stadt habe dann die Aufgabe, die Grablisten zu führen. Es habe bereits Pläne bezüglich ei-

nes Bestattungswaldes vor 12 Jahren gegeben. Vertragsunterlagen und Satzung habe man dementsprechend Herrn Behrens und seinen Kollegen zugeschickt. Von der Stadt aus müsse ein Vertrag geschlossen werden, da nur eine Stadt, Kommune oder Kirche Träger eines Friedhofes sein könne. Die gemeinsamen Gespräche sind nunmehr so weit vorangeschritten, dass eine fast fertige Satzung entwickelt wurde und ein Vertragsentwurf noch ausgearbeitet werden muss. Die Betreiber seien jetzt an dem Punkt, weitere Verfahrensschritte einzuleiten, und würden deshalb auf die Entscheidung des Rates warten, ob a) dem Antrag der Antragsteller Fraktionen SPD/Bündnis 90 Die Grünen/Die LINKE gefolgt wird oder b) – wie es dem Wunsch des Bürgermeisters entspricht – ein Bestattungswald von Rotenburger für Rotenburger geschaffen wird. Herr Behrens solle nun aber sein Konzept der noch zu gründenden GbR vorstellen.

Herr Behrens führt aus, dass er und seine Kollegen der Ansicht seien, dass ein Bestattungswald für ausschließlich Rotenburger Bürger*innen benötigt werde. Herr Steinberg sei selbstständiger Gärtner und Herr Kruse sei Seelsorger und habe bereits Erfahrung im Ruheforst Kirchlinteln gesammelt. Die Lage neben dem Unterstedter Friedhof sei hervorragend. Man habe die Möglichkeit, die Kapelle und Toiletten vor Ort zu nutzen. Geplant ist, mit 1 Hektar der Waldfläche zu starten und könne auf 3,3 Hektar erweitern. Man habe zusammen mit StAR Lohmann die Friedhofssatzung zusammen überarbeitet und sich auf den Namen RuheWald Rotenburg (RWR) geeinigt. Sobald die Thematik durch die Politik entschieden sei, werde ein Bauantrag gestellt.

BGM Oestmann fragt, ob die Präsentation im Anschluss an die Ausschussmitglieder gesendet werden darf.

Herr Behrens stimmt der Frage von BGM Oestmann zu, dass man die Präsentation gerne rumschicken könne.

RH von Hoyningen-Huene bittet um einen Besichtigungstermin vor Ort in Unterstedt. Es stehe ja noch ein längerer Prozess an.

Herr Behrens führt aus, dass das Konzept stehe. Herr Kruse könne bezüglich Bestattung und Bestattungsunternehmen noch mehr Infos mitteilen und einer Ortsbesichtigung stehe nichts im Wege.

Herr Kruse teilt mit, dass der RuheWald für Menschen gedacht sei, die Bezug zur Stadt Rotenburg (Wümme) haben. Man wolle keinen Bestattungstourismus fördern.

RH Klingbeil erkundigt sich, ob es quantitative Beweise in Kirchlinteln für einen Bestattungstourismus gebe. Er bittet um Darlegung an mehreren Beispielen. Es reiche nicht aus, sich an zwei bis drei Fällen zu orientieren. Er erfragt, ob 3,3 Hektar das verfügbare Maximum an Fläche seien. Er fände die Lage sehr ansprechend in der Nähe zum Friedhof wegen der Kapelle und dem Parkplatz. Man solle aber auch den FriedWald-Standort beim Bullensee mit seiner Lage nicht unterschätzen. Mit der dortigen Nähe zum Hartmannshof würden der Nabu und die Rotenburger Werke massiv davon profitieren.

Er erfragt, wie viele Bestattungen denn in Unterstedt erfolgen könnten.

StAR Lohmann stellt klar, dass der Begriff „Bestattungstourismus“ schon vorher existiert habe. Die FriedWald GmbH habe selber erklärt, dass sie in Bremervörde ein Einzugsgebiet von der Elbe bis zur Weser und von Cuxhaven und bis mindestens nach Zeven habe. Gerade in solchen Einzugsgebieten ist von Bestattungstourismus zu sprechen.

RH Klingbeil bittet um Auskunft, von wie vielen Personen denn gesprochen werde. Er bittet um Fakten bezüglich des Falles und möchte wissen, was gegen Bestattungstourismus spreche.

RH von Hoyningen-Huene führt aus, dass der Bestattungsort sich ja oft nach dem Wohnort der Angehörigen richten werde. Er würde es somit nicht als Tourismus bezeichnen, wenn eine Tochter Ihre Eltern bei sich in der Nähe bestatten wolle.

BGM Oestmann erläutert, dass es um die Alternative zur FriedWald GmbH gehe. Man rede jetzt schon davon, welche Alternative vielleicht angenehmer sei, ohne alle Details zu kennen. Heute gehe es erstmal darum, die Alternativen kennenzulernen. Erst dann gehe man in eine Beschlussfassung hinein.

RH Klee bestätigt BGM Oestmann, dass es genau der richtige Weg sei, sich die Alternativen vorstellen zu lassen und vor Ort anzusehen. Man könne sich nun in den Fraktionen zusammensetzen und einen Vororttermin vereinbaren.

BGM Oestmann merkt an, dass die vorherige Tätigkeit von Herrn Kruse zu beachten sei. Er hat bereits auf dem Gebiet Ruheforst entsprechende Erfahrung.

Herr Kruse führt aus, dass er für die Landwirtschaftskammer im Ruheforst Kirchlinteln gearbeitet habe. Ruheforste seien in den Privatwäldern und werden durch die Landwirtschaftskammer betreut. FriedWälder hingegen liefen über die Landesforsten deutschlandweit. Er sei zertifizierter Waldpädagoge seit über 10 Jahren. Jeder Baum in Unterstedt habe 12 Bestattungsplätze. Wenn auf einem Hektar 100 Bäume ständen, wären dies ca. 1.200 Bestattungsplätze. Diese müsse man erstmal füllen. Bei 27 Hektar, wie bei der FriedWald GmbH, sei nur an jedem dreißigsten Baum jemand bestattet. In Kirchlinteln habe es 350 Plätze gegeben, von welchen nur manche ausgereizt seien. An manchen Bäumen liege nur 1 Person. Es gebe verschiedene Möglichkeiten. Man könne als Familie für sich einen ganzen Baum mit 12 Plätzen erwerben. Es gebe auch Gemeinschaftsbäume, wo zufällige Personen zusammenliegen. Man könne aber auch nur zwei oder drei Plätze an einem Baum erwerben. Des Weiteren bestehe die Möglichkeit, Freundschaftsgräber zu erwerben. Wenn zum Beispiel Kegelbrüder und -schwestern zusammen liegen wollen.

RH Klingbeil bittet um Auskunft, wie lange genau Herr Kruse im Ruheforst Kirchlinteln gearbeitet habe.

Herr Kruse teilt mit, dass er ein Jahr in Kirchlinteln das Projekt Ruhewald betreut habe. Das Projekt sei über die Unstimmigkeiten von Scheinselbstständigkeit gestolpert und die Landwirtschaftskammer habe sich zurückgezogen. Seine Aufgaben beginnen bei der Veräußerung der Bestattungsfläche in Gesprächen und Besichtigungen. Die Besichtigungen erfolgen meistens Samstags mittags mit Anmeldung. Nach einer Bedenkzeit würde er sich dann mit den Angehörigen treffen und ein Objekt auswählen. Dies könne ein Baum sein, aber auch ein Busch, ein Findling, Baumstümpfe oder eine Lichtung. Man habe auch die Möglichkeit, einen Lieblingsbaum zu früherer Zeit zu pflanzen und dann um den Baum beigesetzt zu werden. Man könne die Bäume in Vorsorge, als auch wenn der Todesfall eingetreten ist, erwerben. Sein Weg gehe dann weiter sobald die biologisch abbaubare Urne bei dem RuheWald eintreffe. Das Loch für die Urne auszuheben und zu schließen, decke dann sein Aufgabengebiet ab. Es gebe auch eine Fläche mit Bänken und Kreuz, wo man sich dann zusammenfinden könne zum Trauern im Anschluss der Beisetzung. Dort könne man auch mit Pastor, Musik etc. Abschied nehmen. Dies sei auch ein Unterschied gegenüber dem FriedWald, da dort keine Kreuze existieren. Da sich die FriedWald GmbH nicht zum christlichen Glauben bekenne.

RH Poppe informiert, dass die 3,3 Hektar zusammenhängend seien und somit eine große Waldfläche zur Verfügung stehe.

Herr Behrens stimmt zu, dass 3,3 Hektar als Fläche ausreichend seien.

Herr Kruse informiert, dass es sich bei dem Wald um einen Kiefern-Eichenwald handle. Es gebe auch Ilex, Birke etc. Grabschmuck und Grabpflege fände in einem Bestattungswald

nicht statt. Für 1 Woche könne Grabschmuck liegen bleiben, werde dann aber entfernt. Das Einzige, was dann noch die Stelle kennzeichne, seien die ausgehobenen Steine, die gestapelt den Bestattungsort aufzeigen. Man könne den Steinhaufen dann mit eigenen, gesammelten Steinen ergänzen.

Vorsitzender Lüttjohann teilt mit, dass die Unterlagen dann an die Fraktionen zur weiteren Abstimmung zugeschickt werden.

RH Klammer bittet um Prüfung der Haftung bei beiden Varianten.

BGM Oestmann erläutert, dass der Sachverhalt der Haftung bei GbR und GmbH geprüft werde. Man müsse als Stadt sicher gehen, dass man kein Risiko eingehe.

RH Klingbeil erkundigt sich nach der Dichte der Bestattungen im Vergleich RuheWald zu FriedWald. Er möchte wissen, wieso der FriedWald so riesig sei.

Herr Kruse führt aus, dass um jeden Bestattungspunkt wie die Stundenpunkte der Uhr beigesetzt werde mit 1,5 Meter Entfernung zum Bestattungsobjekt. Dies würde er mit Kompass ausmessen, damit beispielsweise bei einer möglichen späteren Umbettung eine Urne genau ausgehoben werden kann. Ob bei jedem Bestattungsobjekt alle 12 Plätze belegt werden, stehe auf einem anderen Blatt Papier. Es gebe in Kirchlinteln auch Bäume, die auf Grund eines Weges nur 6 Bestattungsplätze haben.

StAR Lohmann ergänzt, dass auch 12 Bestattungen bei der Naturgartenbestattung auf den Ortsfriedhöfen um einen Baum oder – wie in Mulmshorn – um einen Busch herum erfolgen.

RH Poppe fragt, ob bei den Konzepten des RuheWaldes und des FriedWaldes identisch viele Leute an einem Objekt beigesetzt werden.

Herr Kruse teilt mit, dass dies identisch sei und von dem Abstand der Bäume vorgegeben werde.

Vorsitzender Lüttjohann bittet um Unterbrechung, um sich den Sachverhalt aus der Sicht von Herrn Bosselmann (Leiter des Forstamtes Rotenburg) schildern zu lassen.

Die Sitzung wird unterbrochen.

Vorsitzender Lüttjohann fährt mit der Sitzung fort und ergänzt, dass die heute erörterten Unterlagen den Fraktionen zugeschickt werden

Beschluss:

Der AST nimmt Kenntnis von dem Sachverhalt und der Vorstellung des Konzeptes und verweist die Angelegenheit einstimmig in den OR Unterstedt zur weiteren Beratung.

TOP 7 Castorstraße - Gehwegverbreiterung

VorlNr.
0461/2021-2026

RH von Hoyningen-Huene führt aus, dass das Thema nicht unnötig lange diskutiert werden müsse, da die Vorortsituation hinlänglich bekannt sei.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig empfohlen:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt die Gehwegverbreiterung Castorstraße nicht durchzuführen und hebt seinen Beschluss vom 08.07.2020 (Vorlage-Nr. 0847/2016-2021) auf.

TOP 8 Öffentliche Ordnung

VorlNr.

BGM Oestmann teilt mit, dass es von seiner Seite keinen Beitrag gebe. Der TOP könne entfallen.

TOP 9 Haushalt 2024 - Beratung für den Bereich Straßen- und Tiefbau

VorlNr.

BGM Oestmann legt dar, dass man die Haushaltstabelle nicht im Detail Spalte für Spalte durchgehen wolle. Er erkundigt sich, ob den Ausschussmitgliedern etwas aufgefallen sei.

RH von Hoyningen-Huene erkundigt sich, wie die Summe bei der Kläranlage betreffend energetische und stoffliche Bewertung für 200.000€ zustande komme.

M.Sc. Strehl erläutert, dass es der gleiche Ansatz wie in den letzten beiden Haushaltsjahren sei. Man habe die stoffliche und energetische Bilanzierung zusammengeführt. Es gehe um eine Gesamtbewertung der Kläranlage und die Einrichtung der Messstellen an sich.

RH Klingbeil fragt, wie der Stand der neuen Gebläsestufe sei.

M.Sc. Strehl führt aus, dass man aktuell die Angebote für die Ausschreibung des Planers prüfe.

RH Klingbeil möchte wissen, wann der Einbau geplant sei.

M.Sc Strehl teilt mit, dass der Schritt direkt nach dem Planer erfolge.

RH Klingbeil fragt, wie weit das Thema Verpflichtungsermächtigungen sei. Es gebe welche für Straßenbau, Brücken und weitere. Seiner Ansicht nach wäre es wichtig die Ermächtigungen im Voraus auszustellen.

BGM Oestmann stellt klar, dass dies ein allgemeines Thema sei. Letztes Jahr hätte es mehrere gegeben und man sei gebeten worden, einige wieder herauszunehmen. Aus dem Grund habe man sie dieses Jahr reduziert. Man habe es bei den Feuerwehren hinterlegt, da die Maßnahmen dort schnell zu erfolgen haben. Bei den Brücken könne man gerne darüber sprechen, man habe diese Themen als Pflichtaufgaben enthalten. Er habe kein Problem damit, die Thematik nochmal aufzugreifen. Man müsse nur wissen, dass der freie verfügbare Rahmen immer geringer werde. Bei jahresübergreifenden Baumaßnahmen werde man Verpflichtungsermächtigungen erstellen.

RH Klammer fragt nach, was unter „Investition neu“ der fünfte Punkt „Grunderwerb Grundstücke“ mit 420.000€ für den Ankauf Flächen bedeute.

BGM Oestmann schildert, dass der Sachverhalt beim Liegenschaftsamt liege. Zum einen sei es so, dass die Stadt mehr Baugrundstücke zurückkaufen müsse als verkauft werden. Man habe nach wie vor im zweistelligen Bereich freie Grundstücke Brockeler Straße II und auf

dem Gelände des Projektes 55 plus. Zum Thema Wallbergstraße 3+3A teilt BGM Oestmann mit, dass die Grundstücksbesitzerin das Grundstück ohne Wissen der Stadt an andere Leute verkauft habe. Dies habe sie auch nicht als Grundstücksverkauf, sondern als Wohnungsverkauf betitelt. Dieses Grundstück werde man nun herausstreichen.

RH Klingbeil merkt an, dass die Bezeichnung Dr. Walter-Mecke-Damm abgeändert werden müsse. Er erkundigt sich, was unter Spundwandsanierung Brücke Weichelsee zu verstehen sei.

B.Sc. Behrens erläutert, dass es sich um die Brücke beim Aussichtsturm Weichelsee handle. Dort breche die Spundwand weg und werde zu instabil. Man habe die Spundwand erstmal provisorisch repariert und man sei einigermaßen gut durch die Brückenprüfung gekommen. Der Prüfer habe aber vermerkt, dass die Spundwand erneuert werden müsse, deshalb sei 2024 ein Planer eingestellt und im Haushalt 2025 der Neubau. Man hoffe, dass eine Reparatur ausreiche, aber die Entscheidung läge beim Planer.

Der Ausschuss empfiehlt den Teilhaushalt einstimmig bei vier Enthaltungen.

TOP 9.1 Bereitstellung von 25.000 Euro für die Beschaffung und Installation von Wetterschutz-Überdachungen und Sitzbänken an 4 Bürgerbushaltestellen; Ratsantrag der SPD vom 04.04.2023 VorlNr.
0282/2021-2026/1

BGM Oestmann erläutert die aktuelle Haushaltssituation. Die Zahlen, die den Ausschüssen vorgelegt wurden, plane man auch in den Haushalt miteinzubringen. Man habe tagesaktuell einen Kassensturz gemacht, da man in einem Prozess sei und die Zahlen sich täglich ändern. Die Themen Wiederherstellung des Strandes des Weichelsees und die Wege am Weichelsee befänden sich im Haushalt, aber nicht in der Vorlage. Dies heißt, dass der Strand ertüchtigt werden müsse auf Grund des Hochwassers. Für die Wege am Weichelsee habe man 25.000€ eingeplant. Außerdem habe man die investiven Kosten überarbeitet und den Ansatz für einen Parkplatz einer Kita auf die Projektliste geschoben. Man sei immer noch in der Bearbeitungsphase bei den Haushaltslisten. Die 311.000€ seien immer noch ausbaufähig. Man werde noch bei den Unterhaltungskosten der Friedhöfe nachbessern.

RH von Hoyningen-Huene teilt mit, dass er mit dem Vorschlag der Überdachung Bushaltestellen einverstanden sei. Zum Rundweg Weichelsee habe er die Frage, was genau mit den 25.000€ geplant sei.

BGM Oestmann gibt bekannt, dass erstmal über 9.1 dann 9.2 und dann über 9 abgestimmt werden solle. Mit 25.000€ könne man nicht erwarten, dass man 4 Bushaltestellen erneuern könne. Frau Behrens habe den Sachverhalt in Zusammenarbeit mit dem NLStBV geprüft. Man habe 2025 für die Bushaltestelle Verdener Straße 35.000€ und 2026 für die Bushaltestelle Campus 35.000€ eingeplant. Die Bushaltestellen Brockeler Straße und Freudenthalstraße seien für die Fahrgäste des Bürgerbusses angedacht und würden nicht zu den meistfrequentierten Haltestellen gehören. Somit empfehle er hier vorläufig keine Überdachung anzubringen.

Der Beschlussvorschlag wird bei sieben Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung empfohlen:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt die Beschaffung und Installation von Wetterschutz-Überdachungen mit Sitzbank für die Bushaltestelle Verdener Straße und für die Bushaltestelle am Campus Unterstedt. Die Umsetzung soll mit den Haushalten 2025 (Verdener Straße) und 2026 (Campus) erfolgen.

Die Beschaffung und Installation von Wetterschutz-Überdachungen mit Sitzbank für die Bushaltestellen Brockeler Straße und Freudenthalstraße werden vorläufig nicht ausgeführt.

TOP 9.2 Wiederherstellung eines kompletten Rad- und Fußweges rund um den Weichelsee und mit Zugang von der alten Bremer Straße/Einfahrt zum Strandgold mit einem Mineralgemisch; Ratsantrag B90G/Die Linke vom 10.01.2023

VorlNr.
0232/2021-2026

RH von Hoyningen-Huene fragt, was genau mit den 25.000€ geplant sei.

B.Sc. Behrens erläutert, dass man mit den 25.000€ Teile des Weges ausbessern wolle, die komplett erneuert werden müssten. Man müsse zusätzlich zum Weg den Unterboden und die tragfähige Deckschicht sanieren. Die Befreiung der Wege vom Gras und die Auffüllung der Schlaglöcher seien Sanierungsmaßnahmen und 2024 geplant.

BGM Oestmann ergänzt, dass die Bremer Straße als solche stark baufällig sei und saniert werden müsse. Man plane, dass auch ein Schutzstreifen für Fußgänger zwischen Parkstreifen und dem Weichelsee selber entstehe. Die 25.000€ brauche man für umfassende Baumaßnahmen an den Wegen, die durch die bereits bestehenden Ansätze nicht gedeckt werden können.

RH von Hoyningen-Huene teilt mit, dass es um den Zugang gehe. Der Großteil sei ja in die Erbpacht abgegeben worden. Es sei im Vertrag geregelt worden, dass der Zugang wie auch Toilettennutzung 24/7 zu gewährleisten sei. Dies bezüglich bitte er um den aktuellen Stand.

BGM Oestmann gibt bekannt, dass im Vertrag geregelt sei, dass das Gelände öffentlich zugänglich sein müsse. Dies sei zu beachten. Es werde kein Zugang über das Grundstück des Strandgoldes geben. Er habe mit Roland Nielebock Kontakt. Sobald die Planung vor Ort stehe, werde man sich zusammensetzen.

RH von Hoyningen-Huene erkundigt sich, wie es mit der Nutzung der Toiletten aussehe.

BGM Oestmann führt aus, dass diese während der Betriebszeiten des Strandgoldes geöffnet seien. Das Problem sei eher, dass man keine Aufsicht habe und somit Reinigung und Vandalismus nicht regelmäßig kontrolliert werden würde. Wenn man das haben wolle, müsse man das als Stadt übernehmen und die Summe sei nicht zu unterschätzen.

Vorsitzender Lüttjohann erkundigt sich, ob die Beschlussfassung noch konform sei.

BGM Oestmann führt an, dass es darum gehe, dass das Thema vertagt worden sei im Rahmen der Haushaltsberatung. Man habe als Verwaltung die zusätzlichen 25.000€ eingestellt. Letzten Endes müsse der Rat und der Finanzausschuss diesbezüglich entscheiden.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig (Neun Ja-Stimmen) empfohlen:

Der Ausschuss für Straßen- und Tiefbau stimmt einstimmig den Sanierungsempfehlungen der Verwaltung zu, gibt seine endgültige Empfehlung zur finanziellen Einplanung und Umsetzung jedoch erst in der beratenden Sitzung des Ausschusses zum Haushalt 2024 ab.

TOP 10 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen der Ausschussmitglieder

VorlNr.

TOP 10.1 Verkaufsbereitschaft Fa. Hamelberg

VorlNr.

BGM Oestmann teilt mit, dass er drei Mitteilungen zu machen habe.

Er setzt darüber in Kenntnis, dass es zu einem Gespräch betreffend einer Verkaufsbereitschaft des Geländes von Fa. Hamelberg bezüglich Umbaumaßnahme Knotenpunkt Gerbersstraße gekommen sei. Das Gespräch habe aber zu keiner endgültigen Antwort geführt, er gehe aber von einer Verkaufsbereitschaft aus.

TOP 10.2 DLRG-Steg Bullensee

VorlNr.

BGM Oestmann unterrichtet, dass die Zuständigkeit für den DLRG-Steg am Bullensee nicht so schnell geklärt werden könne.

Herr Bosselmann teilt mit, dass der Bullensee unentgeltlich dem Landkreis verpachtet sei. Nur der Spielplatz gehöre der Stadt. Die DLRG habe auch einen Pachtvertrag gehabt, der mit Gründung der Landesforsten 2005 gekündigt worden sei. Ein neuer bestehe bisher nicht. Auch das Blockhaus gehöre den Landesforsten. Es sei geplant das komplette Gelände an den Landkreis zu verpachten.

TOP 10.3 Verkehrsberuhigungsmaßnahmen Hesterkamp Unterstedt

VorlNr.

B.Sc. Behrens schildert, dass man verschiedene verkehrsberuhigende Maßnahmen geprüft habe. Man habe nach Pollern an den Kreuzungen geguckt, welche eigentlich auf Grund rechts vor links nicht nötig seien. Auch Feldsteine und Baumbepflanzung an der Ackerseite seien im Gespräch gewesen, doch leider fehle hier der Platz und eine erforderliche Beleuchtung. Des Weiteren seien auch bepflanzte Betonrohre im Gespräch gewesen, auch diese müssten beleuchtet werden und es käme zu Passierproblematiken bei den landwirtschaftlichen Fahrzeugen. Es sei nur eine Mitteilung und in der nächsten AST-Sitzung werde man die Vorlage vorstellen. Sie lehne Verkehrsberuhigungen ab. Es seien auch Verkehrszählungen durchgeführt worden, woraus erkennbar sei, dass nicht extrem zu schnell gefahren werde.

TOP 10.4 Baumaßnahmen Schulen

VorlNr.

RH von Hoyningen-Huene bittet um Auskunft, ob es in Zukunft möglich sei Haushaltsthemen, bezüglich Schulthemen etc., in den jeweiligen Fachausschüssen zu besprechen.

BGM Oestmann teilt mit, dass es ihm wichtig sei, dass dort dann eine klare Zuordnung zu erfolgen habe. Er habe mit dem Vorschlag kein Problem, wolle dies aber nochmal intern beraten. Man könne gerne im Verwaltungsausschuss über dieses Thema sprechen. Ihm sei es wichtig, dass am Ende nicht im Schulausschuss, im AST und Planungsausschuss über identische Sachverhalte gesprochen und vor allem entschieden werde. Man werde die Fragestellung prüfen und im Verwaltungsausschuss vortragen.

TOP 10.5 Verkehrsbegehungen

VorlNr.

RH von Hoyningen-Huene möchte wissen, ob es möglich sei, entgegen der bisherigen Praxis, dass auch Ratsmitglieder und örtlich betroffene Personen an den Ortsbegehungen teilnehmen können.

StAR Lohmann informiert, dass Verkehrsbegehungen grundsätzlich Behördentermine seien. Ratsmitglieder seien nicht vorgesehen.

RH von Hoyningen-Huene erwidert, dass ihm dies bewusst sei. Er fragt, ob es trotzdem denkbar sei, dies zu ändern.

StAR Lohmann entgegnet, dass dies Behördentermine seien. Dies sei auch eine klare Regelung aus der StVO heraus.

BGM Oestmann erläutert, dass es viele beteiligte Behörden gebe. Er wolle die Teilnahme nicht ausweiten, da es eine fachgebundene Zusammenkunft sei. Er würde es eher begrüßen, einen Zusatztermin in solchen Fällen anzubieten.

TOP 10.6 Einmündung In der Ahe/Bahnhofstraße

VorlNr.

RH von Hoyningen-Huene erkundigt sich, ob die Möglichkeit bestehe, im Einmündungsbe-
reich In der Ahe/Bahnhofstraße ein Stoppschild oder Bodenwelle aufzustellen, damit die
Passanten, die aus der Straße In der Ahe rausfahren, stehen bleiben.

StAR Lohmann fragt nach, wie man sich das vorstelle. Man müsse auch an das Rettungs-
wesen denken. Und dieses werde keine Bodenwelle begrüßen. Den Austausch des Schildes
„Vorfahrt gewähren“ in ein „Stoppschild“ müsse man zusammen mit der Polizei abklären.

Antwort im Protokoll:

Die von der Polizei eingeholte Stellungnahme vom 01. März 2024 sieht grundsätzlich kei-
ne Bedenken gegen den vorgeschlagenen Austausch der Beschilderung vor, weist aber
darauf hin, dass an dieser Einmündung ein Einbiegen in den fließenden Verkehr ohne
Anhaltevorgang und Wartezeit – anders als z.B. bei der sog. OBI-Einmündung – bereits
jetzt nur sehr selten möglich ist.

Seitens der Polizei wird die Problematik eher aufgrund der Straßenbeleuchtung sowie des
vorhandenen Bewuchses vermutet (der Großteil der Unfälle fand in den Abend- und
Nachtstunden statt). Laut den Stadtwerken wurde die Helligkeit bereits vor einigen Wo-
chen verbessert. Die beiden betroffenen Grundstückseigentümer wurden nunmehr schrift-
lich zum Rückschnitt des Lichtraumprofils aufgefordert. Wie von der Polizei empfohlen,
wird die Situation erst noch weiter beobachtet. Sollten die vorgenannten Maßnahmen kei-
nen Erfolg zeigen, wird die Änderung der Beschilderung entsprechend in Angriff genom-
men.

TOP 10.7 Wartung Hydranten

VorlNr.

RH von Hoyningen-Huene erkundigt sich, wer für die Wartung der Hydranten zuständig sei.

M.Sc. Strehl informiert, dass das Thema beim Ordnungsamt lege. Das Löschwassernetz
werde von den Stadtwerken Rotenburg betrieben.

RH von Hoyningen-Huene erwidert, dass es ihm um die Funktionskontrolle gehe. Ihm sei zu Ohren gekommen, dass bei einem Brand ein Hydrant nicht funktionstüchtig gewesen sei.

BGM Oestmann führt aus, dass, wenn es um den Brand in der Straße Am Wasser gehe, der Fall schon aufgenommen und in der Abarbeitung sei. Die Frage werde er an das Ordnungsamt weitergeben.

RH Klingbeil bittet um Auflistung der letzten Prüfungen von Hydranten vor infrastrukturellen Gebäuden.

Vorsitzender Lüttjohann informiert, dass der Wasserversorgungsverband nicht dazu verpflichtet sei, die Löschwassersicherheit zu gewährleisten. Die Freiwillige Feuerwehr der Ortschaften machen zum Winter hin jährlich Hydrantenpflege.

TOP 10.8 Ausschneidemaßnahmen In der Ahe Bäume

VorlNr.

RH Klingbeil setzt darüber in Kenntnis, dass Ausschneidemaßnahmen In der Ahe zu erfolgen haben. Es habe bereits Kontakt zu Verden in der Vergangenheit gegeben.

OBM Oestmann teilt mit, dass Amtsleiter Lauchart das Thema mit der zuständigen Fachabteilung besprechen müsse.

TOP 10.9 Abgesackter Kanal Am Wasser

VorlNr.

RH Klingbeil bitte um Auskunft, was es mit den Aufschüttungen Am Wasser zu tun habe. Seit dem Adventsleuchten gebe es eine Aufschüttung von Hölzern.

Amtsleiter Lauchart informiert, dass man an der Stelle eine Kanalundichtigkeit vermute. Man habe deshalb den Bereich mit Hackschnitzeln und Stahlplatten aufgefüllt. Auf Grund des hohen Grundwassersstandes, habe man den Kanal noch nicht prüfen können. Sobald das Grundwasser sinke, werde man sich den Sachverhalt anschauen.

TOP 10.10 Parkplatz BBS Rotenburg

VorlNr.

RH Klingbeil bittet um Auskunft, ob es eine Bürgerbefragung bezüglich der Parkplatzplanung BBS Verdener Straße gegeben habe.

BGM Oestmann erläutert, dass dieses Thema aus der letzten Wahlperiode sei und er es nicht direkt beantworten könne. BBS Baumaßnahmen liegen beim Landkreis als Schulträger. Man solle in den Fraktionen diejenigen fragen, die zu der Zeit schon in der Politik waren. Sonst würde er an den Landkreis verweisen. Momentan habe man genug Baustellen und er wäre dankbar, wenn man diese Frage nicht durch Aktenstudium erledigen müsse. Das Thema sei mit dem Verkauf erledigt.

RH Klingbeil erwidert, dass das Thema noch nicht erledigt sei, da es Unmut bezüglich der Parkplatzplanung gebe.

BGM Oestmann entgegnet, dass das Thema beim Landkreis liege. Man solle erstmal in den Fraktionen fragen und sonst Kontakt zum Landkreis aufnehmen.

RH Klammer möchte wissen, wie es mit der Grabenräumung aussehe. Wo dies auf der Prioritätenliste der Verwaltung angeordnet sei und welche Maßnahmen geplant seien.

M.Sc. Strehl gibt bekannt, dass die Prioritäten bei den Entwässerungsgräben genauso hoch seien wie alle anderen Prioritäten der Verwaltung. Die Gelder, die dafür eingestellt worden seien, seien letztes Jahr komplett in die Flüchtlingsunterkunft Glummweg geflossen. Man habe das erste Mal dieses Jahr einen Grabenräumvertrag ausgeschrieben, so dass eine Firma die Grabenräumung zentral betreue. Herr Fischer betreue als Großteil seiner Arbeit die Bestandsaufnahme der Regenrückhaltebecken und Gräben.

Vorsitzender Lüttjohann schließt die Sitzung um 20.36 Uhr.

gez. Vorsitzende/r

gez. Bürgermeister

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.